

US\$) erstmals wieder einen Handelsbilanzüberschuss nach vier aufeinander folgenden Monaten eines Passivsaldo im Außenhandel. 73% der Exporte gingen in die Hauptexportmärkte USA und EU. Nach einem Wirtschaftswachstum von 4,6% im letzten Jahr wird für dieses Jahr ein niedrigeres Wachstum prognostiziert. (XNA, 18.8.01)

Macao Banken senkten den Zinssatz für die Pataca-Einlagen um 0,25% auf 1,5%, das niedrigste Niveau seit 1994. Dies war die siebte Senkung in diesem Jahr und eine Folge der jüngsten Entscheidung der US-Notenbank zu einer neuerlichen Zinssenkung. Die Kalkulierung des Satzes durch die Banken in Macau – wie auch in Hongkong – ist eng mit der Kalkulierung amerikanischer Banken verknüpft, so die Bankenvereinigung von Macau. Durch die Maßnahme sollen die Betriebskosten örtlicher Unternehmen verringert und Macaus Exporte gesteigert werden. Statistiken zufolge machten die Gesamteinlagen der Bewohner Macaus auf den lokalen Banken Ende April dieses Jahres 89,3 Mrd. MPtc (etwa 11,2 Mrd. US\$) aus; das sind 8,2% mehr als Ende April 2000. (XNA, 25.8.01)

Macao Devisenreserven betragen Ende Juni 28 Mrd. MPtc (3,5 Mrd. US\$), 10% mehr als ein Jahr zuvor. Dies teilte Anselmo Teng, Präsident der *Macau Monetary Authority*, am 24. August der Presse mit. Am 31. Dezember 2000 waren es 26,7 Mrd. MPtc (3,34 Mrd. US\$) gewesen, ein Plus von 16% im Vergleich zum Jahresende 1999. Zwecks Stärkung der Finanzverwaltung war Macau dieses Jahr der *Asia/Pacific Group on Money Laundering* (APG) beigetreten. (XNA, 25.8.01) -ljk-

Taiwan

38 Wirtschaftsberater legen Empfehlungen zur Stimulierung der Wirtschaft und zur Lockerung der Restriktionen im Verkehr mit China vor

Vor dem Hintergrund einer sich weiter verschlechternden Wirtschaftslage (s. folgende Übersicht) arbeitete ein von Präsident Chen Shui-bian im Juli einberufenes überparteiliches Wirtschaftsberatungskomitee über 300 Empfehlungen aus, die den zutage getretenen strukturellen Schwächen in Taiwans Wirtschaft begegnen und neue Perspektiven weisen sollen. Besonderes Aufsehen erregte die nun ernstlich ins Auge gefasste weitgehende Lockerung der Restriktionen im Verkehr mit China. (Vgl. C.a., 2001/7, Ü 43)

Das Komitee hatte sich auf fünf Ausschüsse aufgeteilt, die zu folgenden Themenbereichen Vorschläge vorlegten:

- Industrie,
- Beziehungen mit China,
- Arbeits und Wohlfahrt,
- Investitionsförderung,
- Finanzen.

Vom 24. bis 26. August wurden die von den Ausschüssen gemachten Empfehlungen vom Plenum debattiert. Dabei zeigte sich ein überraschend hohes Maß an Konsens: 314 Vorschläge wurden einstimmig verabschiedet; hinzu kamen 38 Mehrheitsempfehlungen. Präsident Chen hatte im Vorwege bereits zugesagt, alle einstimmigen Empfehlungen umsetzen zu wollen und die übrigen zu prüfen.

Im Großen und Ganzen tragen die Empfehlungen eine dezidiert wirtschaftsliberale Handschrift. Dazu gehören flexiblere Arbeitszeiten, Erleichterung bei der Beschäftigung ausländischer (speziell auch festlandschinesischer) Fachkräfte, Steuererleichterungen, die verstärkte Privatisierung von Staatsunternehmen, eine Entschärfung der Umweltverträglichkeits-

prüfungen, die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für ausländische Investoren, Aufhebung von Restriktionen beim Kauf von Immobilien durch Ausländer (inklusive durch Festlandschinesen), ein Verzicht auf staatliche Interventionen an der Börse, die Reduzierung von Importzöllen für wichtige Rohstoffe und die Förderung von Biotechnik. Verabschiedet wurden außerdem Vorschläge zu einer Reform der Sozialrenten und zur Effektivierung der staatlichen Verwaltung.

Inwieweit alle Vorschläge miteinander kompatibel sind, wird noch zu prüfen sein. Einige stießen schon auf Ablehnung oder ausdrückliche Skepsis, kaum dass sie bekannt wurden. Dazu gehörte die Empfehlung, die Erhebung der Börsenumsatzsteuer für ein Jahr auszusetzen und die Besteuerung von Mehrerlösen aus Immobilienverkäufen für zwei Jahre zu halbieren. Die Regierung erklärte zunächst, derartige Steuersenkungen seien in an-betracht der erheblichen Haushaltslöcher nicht finanzierbar, beschloss am Monatsende aber doch, die Wertsteigerung von Immobilien dem Vorschlag gemäß niedriger zu besteuern und eine entsprechende Gesetzesvorlage im Parlament einzubringen. Kritiker sahen durch die Maßnahme die Steuergerechtigkeit verletzt und bemängelten, dass sie die Banken, denen Immobilien zur Kreditsicherung dienten, einseitig begünstige, zudem sei es zweifelhaft, ob der erhoffte Effekt – eine Stabilisierung des Immobilienmarktes – erzielbar sei. Tatsächlich ist diese Steuersenkung den angestrebten Struktur-reformen keinesfalls dienlich, sondern hilft eher, sie zu vermeiden. Die Kurz-sichtigkeit und mangelnde Effizienz dieser und einiger anderer Empfehlungen wurde in der Presse ausdrücklich gerügt.

Manche der Vorschläge lösten auch öffentliche Proteste aus. Unter anderem gaben 400 Organisationen von Arbeiter-, Umweltschutz- und Behindertenvereinigungen unter der Regie von zwei Präsidentenberatern eine gemeinsame Erklärung heraus, die mehrere Empfehlungen als unsozial brandmarkten.

Unter diesen in der Öffentlichkeit besonders umstrittenen Vorschlägen war auch derjenige, der am meisten Aufsehen erregte und Taiwans Zukunft

wohl am stärksten verändern wird: Die Lockerung der restriktiven Investitions- und Verkehrspolitik gegenüber China. Bislang hatte die Regierung Chen Shui-bians an dem von Chens Vorgänger Lee Teng-hui (Li Deng-hui) formulierten Grundsatz: „Keine Eile, seid geduldig!“ nicht ernstlich gerüttelt, auch wenn Chen eine Lockerung der Restriktionen mehrfach in Aussicht gestellt hatte. Seit langem liefen Taiwans Industrielle gegen die Einschränkungen Sturm. Die Notwendigkeit einer Änderung zeichnete sich vor allem im Zusammenhang mit dem nunmehr gegen Jahresende erwarteten Beitritt Chinas und Taiwans zur Welthandelsorganisation WTO ab. Jetzt wurden Grundzüge einer neuen Gestaltung der Beziehungen formuliert, die unter dem Slogan stehen sollen: „Aktive Öffnung, wirksames Management“. Noch sind diese Grundzüge sehr allgemein gehalten. So soll ein flexibler Mechanismus für Finanztransfers über die Taiwanstraße geschaffen werden mit der Möglichkeit direkter Geldüberweisungen. Taiwanische Banken sollen Filialen auf dem Festland und chinesische Banken Niederlassungen in Taiwan eröffnen können. Chinesische Investoren sollen in Taiwan aktiv werden dürfen, die Limitierung auf 50 Mio. US\$ pro taiwanischer Investition auf dem Festland soll aufgehoben werden. Auch die Einrichtung direkter Handels-, Verkehrs- und Telekommunikationsverbindungen mit dem Festland wurde gefordert. Eine völlige Liberalisierung im Verkehr mit der VR China wird aus Gründen der nationalen Sicherheit jedoch nicht angestrebt. Stattdessen soll ein neu zu schaffendes Gremium die Transaktionen in beiden Richtungen verfolgen, unter Sicherheitsgesichtspunkten bewerten und Vorschläge für die weitere Handhabung und gegebenenfalls die weitere Lockerung der Restriktionen erarbeiten.

In der Frage, ob die Regierung zwecks eines neuen Dialogs mit China zum so genannten Konsensus von 1992 zurückkehren solle – beide Seiten vertraten damals das Ein-China-Prinzip, aber mit unterschiedlichem Verständnis – konnte das Komitee zu keiner Konsensempfehlung kommen. Der Regierung wurde lediglich empfohlen,

einen nationalen Konsens anzustreben.

Die Regierung hat erklärt, die Empfehlungen rasch umsetzen zu wollen und ist zuversichtlich, dass die parlamentarischen Hürden diesmal rasch genommen werden können, da die Opposition, die im Parlament die Mehrheit hat, in die Erarbeitung der Empfehlungen eingebunden war. Allerdings wird der Wahlkampf im Vorfeld der Parlamentswahlen Anfang Dezember bald an Schärfe gewinnen – keine gute Voraussetzung für eine gezielte Zusammenarbeit der Fraktionen. Was schließlich wann und in welcher Weise umgesetzt wird, ist daher noch nicht zu übersehen. Die Richtung – mehr Liberalisierung, Deregulierung, Privatisierung und Öffnung – ist klar, aber an sich ebenso wenig neu, wie es ein Teil der Vorschläge ist. Die Regierung steht heute jedoch unter größerem Druck denn je, für eine rasche Umsetzung zu sorgen, dies zum einen wegen der desolaten Wirtschaftslage, zum Zweiten wegen der Tatsache, dass die Produktionsverlagerungen nach Taiwans industrielle und technologische Basis zusehends erodieren, ohne dass das Land aus der Nähe zu China Vorteile ziehen konnte, und drittens wegen des nahenden WTO-Beitritts. Die Regierung hofft, im Zuge des Beitritts auch endlich die Frage der drei Direktbeziehungen regeln zu können. Derzeit ist dies nicht möglich, da China eine Anerkennung seiner Ein-China-Doktrin zur Vorbedingung für alle Gespräche gemacht hat.

Wenn es der Regierung gelingt, alle oder wenigstens die wichtigsten Empfehlungen umzusetzen, wird dies einen ebenso notwendigen wie schmerzhaften Anpassungsprozess in Taiwan einleiten. Kurzfristige wirtschaftliche Erfolge sind nicht zu erwarten. Zu rechnen ist dagegen mit steigenden Einkommensunterschieden und mit einem längerfristig deutlich höheren Niveau der Arbeitslosigkeit. (CNAT, nach BBC PF, 21.8.01; CNAT, nach FBIS, 13.8.01; TH, 13.8., 17.8., 23.8., 24.8., 29.8.01; TT, 30.8.01) -hws-

39 Wirtschaft stürzt in die Rezession

Mitte August legte Taiwans Statistikamt neue Zahlen zur Wirtschaftsentwicklung vor. Demnach schrumpfte Taiwans Wirtschaft im 2. Quartal 2001 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 2,35%; dies war der schlechteste Quartalswert seit Anfang 1975. Noch stärker verdüsterten sich die Aussichten für das gesamte Jahr 2001. Während bislang erwartet wurde, dass im 3. Quartal eine zaghafte Besserung einsetzen würde, wird nun gar eine Verstärkung der Rezession vorausgesehen: Die Prognose für den Zeitraum Juli bis September lautet auf -2,45%. Erst im 4. Quartal soll mit +2,35% wieder ein Wachstum erzielt werden. Für das laufende Jahr ergäbe sich ein Minus von 0,37%. Dies wäre der schlechteste Wert seit Beginn der Wirtschaftsstatistiken im Jahr 1952. Dabei sollen die Ausfuhren 2001 um 14,9%, die Einfuhren gar um 19,1% unter den Vorjahreswerten liegen. Als hauptverantwortlich für die Entwicklung gilt die Konjunkturschwäche in den USA und der dadurch bedingte Nachfrageeinbruch bei Elektronik.

Taiwans Zentralbank senkte den Diskontsatz unterdessen zum fünften Mal in Folge; er beträgt nun noch 3,25%.

Da die Elektronikindustrie inzwischen gewaltige Überkapazitäten besitzt, machten einige der führenden Firmen erstmals Verluste. Personalentlassungen führten zu einem weiteren Anstieg der Erwerbslosigkeit auf den neuen Rekordwert von nunmehr 4,92%. Eine weitere Steigerung auf über 5% erscheint unausweichlich.

Mit der einsetzenden Rezession wuchs auch die Zahl der Not leidenden Kredite weiter an und erreichte Ende Juni – neuere Zahlen gibt es noch nicht – mit offiziellen 7,44% einen neuen Höchststand. Am 10. August unterstellte das Finanzministerium 36 vom Zusammenbruch gefährdete (technisch teils bereits bankrotte) Kreditinstitute (Darlehensvereine von Bauern und Fischern) seiner unmittelbaren Aufsicht und teilweise seiner direkten Leitung mit dem Ziel, sie mit gesünderen Kreditinstituten zu verschmelzen. Zudem stattete die Regierung einen Hilfsfonds mit 60 Mrd. NT\$ aus, damit die Kreditinstitu-

te Auszahlungen vornehmen können, falls es zu einer Kundenpanik kommen sollte. Beobachter kritisierten, dass der Eingriff des Staates die Marktmechanismen aushebele. (CNAT, nach BBC PF, 17.8.01; CNAT, nach FBIS, 11.8., 14.8.01; TH, 13.8.01; TT, 11.8., 18.8., 21.8., 24.8.01) -hws-

40 Siemens erhält Auftrag für U-Bahn-Bau in Kaohsiung

Das Konsortium KRTC hat den Auftrag zum Bau und Betrieb von zwei U-Bahn-Linien von insgesamt 42,7 km Länge im südtaiwanischen Kaohsiung (Gaoxiang) erhalten. Siemens ist an dem Konsortium mit zehn Prozent beteiligt; der Auftragsanteil der deutschen Firma beläuft sich auf 363 Mio. Euro. Siemens wird die Signaltechnik, die Stromversorgung und die 42 Züge liefern, die benötigt werden, wenn das System aus zwei Linien im Jahr 2007 fertig gestellt sein wird. Außerdem hat Siemens das Projektmanagement inne. Teilstrecken sollen bereits vor 2007 in Betrieb gehen. Baubeginn wird im Oktober dieses Jahres sein. Der Konzessionsvertrag, den das Konsortium mit der Stadt geschlossen hat, geht über 30 Betriebsjahre. (NfA, 13.8., 27.8.01)

Kaohsiung ist die zweitgrößte Stadt Taiwans. Die Metropolregion hat 2,7 Mio. Einwohner. -hws-

41 Wahlbündnis der Oppositionsparteien zerbricht

Die drei Oppositionsparteien KMT (Nationale Volkspartei), PFP (People First Party) und NP (Neue Partei) hatten im Hinblick auf die für Anfang Dezember anstehenden Wahlen zum Parlament und zu den Kreis- und Stadtregierungen eine Zusammenarbeit vereinbart. Anfang August sorgte nun eine Bemerkung des PFP-Vizevorsitzenden Chang Chao-hsiung (Zhang Zhaoxiang) bei den anderen Parteien für Unmut. Chang hatte erklärt, der einzige, der ein Oppositionsbündnis bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2004 zum Sieg führen könnte, sei der PFP-Parteichef James Soong (Song Chuyu). Mitte des Monats kam es dann zum eigentlichen Bruch, als PFP-Generalsekretär Chung Jung-chi Verhandlungen

mit der KMT über die weitere Zusammenarbeit abbrach und erklärte, die KMT sei nicht willens, bei den Kreiswahlen auch nur einen PFP-Kandidaten zu unterstützen. Geplant war, dass sich die Parteien in mindestens sechs der wichtigen Kreise auf einen Kandidaten einigen. Ein Gespräch zwischen den Parteichefs Lien Chan (Lian Zhan) von der KMT und James Soong konnte den Bruch nicht mehr kitten. Vor allem die KMT-Führung sah sich offenbar außerstande, ihre örtlichen Unterorganisationen davon abzuhalten, eigene Kandidaten aufzustellen. Den Hintergrund für die Misshelligkeiten bildet die Tatsache, dass James Soong einst einflussreiches KMT-Mitglied war und bei den letzten Präsidentschaftswahlen als Abtrünniger gegen Lien Chan antrat. Derzeit stellt die Regierungspartei DPP (Demokratische Fortschrittspartei) 12 der 21 Stadt- und Kreisregierungen. (CNAT, nach BBC PF, 23.8.01; SCMP, 24.8.01; TT, 9.8., 17.8.01) -hws-

42 „Antikommunistische Helden“ hingerichtet

Am 10. August wurden zwei Männer, die 1983 ein Flugzeug aus China nach Südkorea entführt hatten, durch Gekickschüsse hingerichtet. Korea hatte sie 1984 an Taiwan ausgeliefert, wo sie als antikommunistische Helden gefeiert wurden. 1991 entführten und ermordeten sie einen Geschäftsmann. Seither saßen sie in der Todeszelle. Ihr Fall wurde sechs Mal neu verhandelt, doch ohne dass sich am Todesurteil etwas geändert hätte. Nachdem auch eine Überprüfung durch den Kontroll-Yuan zu keinem anderen Ergebnis geführt hatte, unterzeichnete Justizminister Chen Dingnan nun den Exekutionsbefehl.

Die Hinrichtung ist nicht nur deshalb außergewöhnlich, weil die Verurteilten einst als Helden gefeiert worden waren. Sie erstaunt auch, weil Justizminister Chen an sich die Abschaffung der Todesstrafe anstrebt. (CNAT, nach BBC PF, 10.8.01; vgl. C.a., 2001/5, Ü 44) -hws-